Zwischen Kaisertreue und Interessenpolitik

Sachsen-Altenburg zu Beginn des 17. Jahrhunderts

VON MARCUS VENTZKE

I.

Als Kaiser Karl V. auf dem ‚geharnischten' Reichstag in Augsburg am 24. Februar 1548 Herzog Moritz von Sachsen mit dem Kurfürstentum Sachsen belehnte[1], hatte sich die „risikoreich-zukunftsorientierte Politik"[2] des Albertiners ausgezahlt.[3] Das Haupt des deutschen Protestantismus, Johann Friedrich der Großmütige[4], mußte hingegen eine schmerzliche „reichsrechtliche Degradierung"[5] hinnehmen. Seine politischen Interessen bewegten sich nach der Wittenberger Kapitulation 1547[6] bis zu seinem Tode 1554 vorwiegend nur noch im Rahmen einer notdürftigen innenpolitischen Absicherung seiner Lande, auch wenn im Naumburger Vertrag von 1554 die Rückgewinnung einiger Gebiete gelang, die seit 1548 unter albertinischer Verwaltung gestanden hatten. Neben den Ämtern Eisenberg, Sachsenburg und Herbsleben gelangte damals auch Altenburg wieder in den Besitz der Ernestiner. Die politischen Gewichte verschoben sich gleichwohl „in den ohnehin wirtschaftlich potenteren albertinischen Teil."[7]

---

[1] Horst Rabe, Reich und Glaubensspaltung. Deutschland 1500–1600 (Neue Deutsche Geschichte, Bd. 4), München 1989.

[2] Herbert Smolinsky, Albertinisches Sachsen, in: Die Territorien des Reiches im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, Bd. 2: Der Nordosten, hgg. von Anton Schindling und Walter Ziegler (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, Bd. 50), Münster ^{2}1991, S. 8–39, hier S. 20.

[3] Zu Moritz: Karlheinz Blaschke, Moritz von Sachsen. Ein Reformationsfürst der zweiten Generation, Göttingen 1983.

[4] Umfassende Darstellung zu Johann Friedrich: Georg Mentz, Johann Friedrich der Großmütige 1503–1554, 3 Teile, Jena 1903–1908.

[5] Rabe, Reich (wie Anm. 1), S. 264. Zur großen politischen Bedeutung des Schmalkaldischen Bundes vgl. Georg Schmidt, Schmalkaldischer Bund und „Reichs-Staat", in: Der Schmalkaldische Bund und die Stadt Schmalkalden, hrsg. vom Verein für Schmalkaldische Geschichte und Landeskunde, Schmalkalden 1996, S. 3–18.

[6] Wieland Held, 1547. Die Schlacht bei Mühlberg. Entscheidung auf dem Wege zum albertinischen Kurfürstentum Sachsen, Beucha 1997, S. 79–115.

[7] Ders., Thüringen im 16. Jahrhundert, in: Kleinstaaten und Kultur in Thüringen vom

Unter der Regierung Herzog Johann Friedrichs des Mittleren verloren die Ernestiner immer deutlicher ihre politische Handlungsfreiheit. Der albertinische Kurfürst August, der die Exekution der Reichsacht gegen Johann Friedrich ausführte, bekam 1570 die Mitvormundschaft über die Söhne des in die Gefangenschaft geführten Fürsten übertragen. Damit hielt er einen Schlüssel für die weitere Entwicklung in Thüringen in der Hand. Da die Ernestiner, im Gegensatz zu den Albertinern, zu diesem Zeitpunkt keine Primogeniturregelung besaßen[8], bot sich hier die einmalige Chance, durch eine ‚divide et impera'-Strategie die Ernestiner auf Dauer so zu schwächen, daß ihnen die Grundlagen für eine weitausgreifende Politik entzogen sein würden. Da auch der Bruder Johann Friedrichs des Mittleren, Johann Wilhelm, nicht mehr in der Lage war, sich dem übermächtigen Druck des Kaisers und der albertinischen Verwandten zu entziehen, konnte Kurfürst August die Chance zu einer Hegemonialpolitik leicht nutzen. Auf dem Reichstag von 1570 schlug er deshalb vor, zur Begleichung der Exekutionskosten, die den Ernestinern aufgebürdet worden waren, die Söhne Johann Friedrichs zu restituieren, das ernestinische Territorium sodann zwischen ihnen und Johann Wilhelm zu teilen und die Exekutionskostenschuld aus den Einkünften der den Söhnen zufallenden Ländereien zu bezahlen.[9] Der Vorschlag fand besonders beim Kaiser Zustimmung, und die nachfolgenden Teilungsverhandlungen endeten 1572/73 im Erfurter Vergleich, der den Söhnen Johann Friedrichs die südwestlichen Territorien Thüringens mit Gotha und Coburg und Johann Wilhelm den Nordosten mit Weimar, Jena und Altenburg zuwies. Johann Casimir, der älteste Sohn Johann Friedrichs, begründete das Herzogtum Coburg, während Johann Ernst die Herrschaft in Eisenach übernahm. Nach dem Tode von Johann Wilhelm fiel das Herzogtum Weimar-Altenburg seinen beiden Söhnen Friedrich Wilhelm I. und Johann zu, die nach dem Ende der Vormund-

---

16. bis 20. Jahrhundert, hrsg. von Jürgen John, Weimar-Köln-Wien 1994, S. 9–36, hier S. 14.

[8] Thomas Klein, Verpaßte Staatsbildung? Die Wettinischen Landesteilungen in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates, hrsg. von Johannes Kunisch in Zusammenarbeit mit Helmut Neuhaus (Historische Forschungen, Bd. 21), Berlin 1982, S. 89–114, hier S. 91; Willy Flach, Die staatliche Entwicklung Thüringens in der Neuzeit, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde NF 35 (1941), S. 6–48.

[9] Vgl. das Protestschreiben Johann Wilhelms in: Deutsche Reichstagsakten. Reichsversammlungen 1566–1662. Der Reichstag zu Speyer 1570, 2. Teilband, bearb. von Maximilian Lanzinner, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1988, S. 1099–1104.

schaft 1586 gemeinsam regierten. 1603 entstanden nach einer Teilung die Herzogtümer Altenburg und Weimar. Damit waren jene Herrschaftsstrukturen ausgebildet, die bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts die bestimmenden politischen Größen im thüringischen Raum blieben.

II.

Mit den Teilungen des Jahres 1573 begann zugleich eine Entwicklung, die jene komplexe thüringisch-ernestinische Staatenwelt entstehen ließ, welche bis ins 19. Jahrhundert hinein mit Teilungen und territorialen Veränderungen fortfuhr, und der die Geschichtsschreibung nur noch eine marginale Bedeutung in politischer Hinsicht, sowohl im Reich als auch darüber hinaus, zugemessen hat.[10] Die Einschätzung Heinrich von Treitschkes über die Thüringer – „Unsere Cultur verdankt ihnen unsäglich viel, unser Staat gar nichts"[11] – scheint noch heute der Grundton in vielen Beurteilungen der Ernestiner zu sein, die gerade für das 17. Jahrhundert, insbesondere die Zeit des Dreißigjährigen Krieges und auch danach, lediglich als ein Spielball anderer Mächte, vornehmlich der Albertiner, gesehen wurden. Allenfalls kulturelle Potenzen wurden und werden dabei den thüringischen Staaten noch zugeschrieben. „Die thüringischen Kleinfürsten des 17. und 18. Jahrhunderts konnten nicht mit ‚Wehr und Waffen' prunken; und es wurde zur Farce, wenn sie es versuchten. Aber auch ihre bescheidenen Lande boten ihnen die Möglichkeit, kulturelle Leistungen zu fördern."[12] Betrachtet man jedoch die Ereignisse und die beteiligten Personen mit ihren Absichten näher, so lassen sich gerade zu Beginn des 17. Jahrhunderts in den ernestinischen Fürstenhäusern durchaus eigenständige, zielorientierte politische Konzeptionen verfolgen, die mitunter gleich weit von kursächsischer „Treue zu Kaiser und Reich"[13] und „‚aktivistischer'

---

[10] Reinhard Jonscher, Kleine thüringische Geschichte. Vom Thüringer Reich bis 1945, Jena 1993, bes. S. 110ff.; Detlef Ignasiak, Regenten-Tafeln thüringischer Fürstenhäuser. Mit einer Einführung in die Geschichte der Dynastien in Thüringen, Jena 1996, bes. S. 56f.

[11] Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, 2. Teil: Bis zu den Karlsbader Beschlüssen (Staatengeschichte der neuesten Zeit, Bd. 25), Leipzig [4]1893, S. 395.

[12] Wolfgang Huschke, Politische Geschichte von 1572 bis 1775. Die Ernestiner, in: Geschichte Thüringens, Bd. 5/1/1, hgg. von Hans Patze und Walter Schlesinger (Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 48/V/1/1), Köln-Wien 1982, S. 1–551, hier S. 6.

[13] Die Interpretation Gotthards, wonach die „abgestandene politische Leerformel" ‚Kaiser und Reich' in der kursächsischen Politik tautologisch verwendet worden sei („Reichs- und Kaisertreue waren deckungsgleich"), scheint fraglich. Gotthard weist selbst darauf hin, daß auch das Bild ‚caput et membra' in den Akten häufig Verwendung findet

Politik nach der Fasson eines Christian von Anhalt“[14] entfernt sein konnten.

Die politischen und nicht nur die kulturellen Entwicklungspotentiale in den ernestinischen Herzogtümern zu beachten, könnte Erkenntnisse über das politische Agieren eines Kleinstaates, aber auch über das grundsätzliche Funktionieren des Alten Reiches, seine politischen Gestaltungsfreiräume und -prinzipien liefern. Zu Recht ist darauf verwiesen worden, daß sich „unter dem Dach des Alten Reiches ... nur wenige Großstaaten“ entwickelten.[15] Um jedoch die Sichtweise einer ‚Randexistenz‘ der ernestinischen Territorien aufzubrechen[16], ist ihre wirtschaftliche und verwaltungstechnische Entwicklung ebenso zu beachten[17] wie das nie aufgegebene Streben nach Revision, nach einer eventuellen Rückerlangung der sächsischen Kur. Die Anwartschaft darauf hatte immerhin auch Johann Wilhelm 1572 nicht aufgegeben – er ließ diese im Vertrag von Erfurt festschreiben. Bereits in der Phase der gegenseitigen Vormundschaften zwischen Ernestinern und Albertinern ließ sich mit einem solchen verbrieften Recht unausgesprochen Politik machen, auch wenn ein tatsächlicher Nutzen erst nach dem Aussterben des albertinischen Mannesstammes möglich geworden wäre. Überhaupt stellen die wechselseitigen Vormundschaften zwischen Albertinern und Ernestinern offensichtlich ein wichtiges Movens für die Stärkung des ernestinischen Behauptungswillens und das Drängen nach politischem Bedeutungszuwachs dar. Gerade im zeitweiligen Totalverlust der politischen Selbstbestimmung der Ernestiner während der langen Vormundschaft, die zwischen 1573 und 1586 von Kurfürst August geführt und bis zu seinem Tode nicht gelockert wurde[18], lag auch eine Chance. Die

---

und wenn man noch dazunimmt, daß die Dresdner Politik jede religiöse Diffamierung der Liga mit dem Hinweis ablehnte, es handele sich bei den Mitgliedern dieses Bundes schließlich um „teuzsche Fürsten“, so erahnt man eine ausgeprägt ständisch-überkonfessionelle Position. Vgl. Axel Gotthard, „Politice seint wir bäpstisch“. Kursachsen und der deutsche Protestantismus im frühen 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für historische Forschung 20 (1993), S. 279f. und 286f.

[14] Ebenda, S. 276.

[15] Jürgen John, Kleinstaaten und Kultur oder: der thüringische Weg in die Moderne, in: John, Kleinstaaten (wie Anm. 7), S. XIII–LXI, hier S. XXXI.

[16] Hinweise für eine solche veränderte Sichtweise bei: Frank Boblenz, Ergebnisse der sachsen-weimarischen Landesvisitation der 30er Jahre des 17. Jahrhunderts auf dem Eichsfeld, in: John, Kleinstaaten (wie Anm. 7), S. 105–122, hier S. 105f.

[17] Für das 16. und 17. Jahrhundert umfassend: Hans Herz, Wirtschaftliche und politische Verhältnisse in den Territorialstaaten während der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus (1525–1789), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 35/6 (1986), S. 593–606.

[18] Zu Vormundschaften über die Ernestiner: Huschke, Politische Geschichte (wie Anm. 12), S. 1–59.

Nivellierung der religiösen und politischen Verhältnisse in allen sächsischen Territorien bot den Ernestinern im umgekehrten Vormundschaftsfall besonders leichte Eingriffsmöglichkeiten in die Verhältnisse des Kurfürstentums.

Dieser Fall trat zwischen 1591 und 1602 ein, als Friedrich Wilhelm I. von Sachsen-Weimar-Altenburg die Vormundschaft über Christian II., den Sohn des 1591 verstorbenen Kurfürsten Christian I. führte. Die Politik des Vormunds war, wie zu erwarten, keineswegs zurückhaltend. Ein Indiz dafür ist der sogenannte „Bilderstreit", den Friedrich Wilhelm 1596/97 mit dem kurfürstlichen Hof in Dresden austrug.[19] Konfliktpunkt waren die Herrscherporträts, welche die sächsischen Bürgermeister in den landesfürstlichen Galerien der Rathäuser aufzuhängen hatten. Der Administrator Friedrich Wilhelm hatte kurzerhand Bilder mit dem eigenen Konterfei zu diesem Zwecke versandt, was einen Traditionsbruch darstellte, da die Vormünder offenbar nie in den Galerien vertreten waren. Der kurfürstliche Hof verschickte daraufhin Bilder mit dem Porträt des noch unmündigen Christian II. in der deutlichen Absicht, den unzweifelhaften albertinischen Besitz der Kurfürstenwürde zu unterstreichen.[20] Der Gegensatz Friedrich Wilhelms I. zum Dresdner Hof erklärt sich auch aus dem reichspolitischen Schwenk, den Friedrich Wilhelm mit der Annäherung an Kaiser Rudolf II. vollzog. Er unterstützte nicht nur die Türkenpolitik des Kaisers auf dem Reichstag von 1594, sondern lehnte auch jede weitere Verbindung mit den Reformierten in einer protestantischen Union ab.

Bis zum Beginn des 30jährigen Krieges waren mit diesen Weichenstellungen nicht nur die politischen Grundwerte des Kurfürstentums und des ab 1618 selbständig agierenden Herzogtums Altenburg[21] vorgegeben, die vage Möglichkeit der Beherrschung des gesamten wettinischen Raumes durch die Ernestiner ließ zwischen den fürstlichen Vettern in Altenburg und Weimar auch eine unerbittliche Konkurrenz entstehen. Diese Entzweiung bekam einen hohen Stellenwert in einer Zeit, da sich die Konfrontationen im Reich verschärften. Die Konfessionsparteien begannen mit Liga und Union nicht nur eigene Sicherheitsstrukturen auszubilden, sie blockierten infolge eines ständig wachsenden Mißtrauens nach 1608 zunehmend auch die wich-

---

[19] Carl Niedner, Hat der Kuradministrator Friedrich Wilhelm von Sachsen-Weimar in Kursachsen Ernestinische Hauspolitik getrieben?, in: NASächsG 44 (1923), S. 141–148.

[20] Ebenda, S. 145f.; vgl. auch Boblenz, Ergebnisse (wie Anm. 16), S. 107. Nach Boblenz läßt sich ein verstärkter Einfluß des Administrators in Dresdner Personalangelegenheiten vermuten.

[21] Zwischen 1603 und 1618 führten Christian I. und Johann Georg I. die Vormundschaft über die Söhne Friedrich Wilhelms I.

tigsten Reichsinstitutionen – Reichstag und Reichskammergericht. Die Zurückdrängung des Protestantismus wurde ein Ziel der katholischen Reichsstände, die auch im Inneren ihre Herrschaft zu stabilisieren begannen. Im Gegenzug wollten die Protestanten auf keinen Fall die nach ihrer Meinung zu enge Auslegung des Augsburger Religionsfriedens akzeptieren. Vielerorts bildeten die religiösen Dissonanzen allerdings nur den Deckmantel ganz anderer, politischer Ziele: Machtzuwachs und Staatsausbau waren in Bayern und Kursachsen ebenso wie in Österreich oder der Kurpfalz wichtige Maximen fürstlicher Politik. Das Reich als schützendes, übergeordnetes System wurde dabei jedoch zunehmend vernachlässigt und die Situation trieb auf eine gewaltsame Lösung der Konflikte zu, was eine verfassungsrechtliche Veränderung der Gestalt des Reiches wahrscheinlich machte.

Daß gerade Sachsen-Altenburg – insbesondere zu Beginn des 17. Jahrhunderts – eine gewisse politische Bedeutung erlangte, obwohl seine kurze selbständige Existenz innerhalb des Reiches solches zunächst nicht vermuten läßt, ist bislang von der Forschung kaum beachtet worden.[22] Zusammenhängende Darstellungen zum Herzogtum entstammen durchweg dem letzten Jahrhundert.[23] Eine eingehende Behandlung erfährt Altenburg, andeutungsweise auch mit seinen politischen Verflechtungen, in der Darstellung der politischen Geschichte der thüringischen Staaten von 1572 bis 1775 durch Wolfgang Huschke[24] in der von Hans Patze und Walter Schle-

---

[22] Die zwischen 1983 und 1992 erschienenen ‚Altenburger Geschichtsblätter' und die 1993 wieder aufgenommenen ‚Mitteilungen der Geschichts- und Altertumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes' (Bd. 16, Hefte 1 und 2, erschienen 1993 und 1995) erwähnen das erste eigenständige Herzogtum Altenburg in politischer Hinsicht nicht. Neuerdings wird auf dieses Manko jedoch wieder hingewiesen: Hans-Joachim Kessler, Die Residenzstadt Altenburg, in: Altenburger Geschichts- und Hauskalender NF 2 (1993), S. 78–83. Hier wird sogar von einer gewissen „Wirtschaftsförderung" durch die Herzöge in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts gesprochen.

[23] Zu nennen wären hier etwa die unter heutigen historiographischen Gesichtspunkten nur noch eingeschränkt nutzbaren Darstellungen von: Ernst Edler von Braun, Erinnerungsblätter aus der Geschichte Altenburgs in den Jahren 1525–1826, Altenburg 1876; Moritz Theodor Frommelt, Geschichte des Herzogthums Sachsen-Altenburg vom Anfang der historischen Kenntniß bis auf unsere Zeiten, Leipzig 1838; Paul Hermann, Die Altenburger. Darstellung der Sitten und Gebräuche dieses originellen Völkerstammes in Novellenform. Nebst einer vollständigen Geschichte des Herzogthums Altenburg im Allgemeinen sowohl, als auch mit besonderer Bezugnahme auf die Sorbenwenden, den slawischen Urstamm der Altenburger, Zeitz 1837; Christian Friedrich Heinrich Sachse, Die Fürstenhäuser Sachsen-Altenburg. Ein historischer Abriß, mit Rücksicht auf die Altenburgische Landesgeschichte überhaupt, Altenburg 1826 oder Hans von Thümmel (Hrsg.), Historische, statistische, geographische und topographische Beyträge zur Kenntniß des Herzogthums Altenburg, Altenburg 1820.

[24] Huschke, Politische Geschichte (wie Anm. 12).

singer herausgegebenen ‚Geschichte Thüringens'. Einige Untersuchungen zu Detailfragen, etwa der Entwicklung des Schul- und Kirchenwesens[25] oder zur höfischen Kultur des 17. Jahrhunderts, liegen vor,[26] eine zeitgemäße, zusammenhängende, politische Geschichte des Herzogtums Altenburg, insbesondere über die Zeit der ersten eigenständigen Existenz von 1603 bis 1672, fehlt jedoch, sieht man einmal von der oftmals flüchtigen Arbeit Rudolf Fritzsches über Altenburg im und der wichtigen Studie von Maria Kuhn über die Aufbauarbeit in Altenburg nach dem 30jährigen Krieg ab.[27] Auch neuere Untersuchungen der ernestinischen Geschichte, die Sachsen-Altenburg behandeln oder zumindest einbeziehen, stützen sich daher vornehmlich auf ältere Darstellungen, meist des 18. Jahrhunderts.[28]

---

[25] Julius Löbe und Ernst Löbe (Hgg.), Geschichte der Schulen und Kirchen des Herzogtums Sachsen-Altenburg mit besonderer Berücksichtigung der Ortsgeschichte, Bde. 1–3, Altenburg 1886–1891.

[26] Rudolf Quietzsch, Bäuerliche Kultur am Altenburger Fürstenhof im 17. und 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 31, NF 16 (1988), S. 113–145.

[27] Rudolf Fritzsche, Die Stadt Altenburg im dreißigjährigen Kriege, Diss. phil. Langensalza 1912; Maria Kuhn, Wiederaufbauarbeit nach dem Dreißigjährigen Krieg in Sachsen-Altenburg, in: Mitteilungen der Geschichts- und Altertumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes 14 (1938), S. 273–382. Diese, von Willy Andreas angeregte Arbeit stellt mit Friedrich Wilhelm I. das altenburgische Beispiel absolutistischer Staatsgründungsarbeit neben den oft zitierten Ernst den Frommen.

[28] Für die wettinische Geschichte insgesamt einschlägig: Johannes Sebastian Müller, Des chur- und Fürstlichen Hauses Sachsen/Ernestin- und Albertinischer Linien/ Annales, von 1400 bis 1700, Leipzig 1700. Eher auf Altenburg oder andere ernestinische Häuser orientiert: Friedrich Graf von Beust, Jahrbücher des Fürstenthums Altenburg mit Ausschluß des saalfeldischen Landesteils, Erster Theil, Camburg 1800; Johann Gerhard Gruner, Biographie Friedrich Wilhelms des Zweyten, Herzogs zu Sachsen. Ein Beitrag zur Sächsischen- insonderheit Koburg- und Altenburgischen Geschichte, Koburg 1789; Johann Friedrich Meyner, Kurzer Entwurf einer Geschichte des Fürstenthums Altenburg und insonderheit dessen Haupt-Stadt, Altenburg 1789, S. 120–124. Die ‚Mittheilungen der Geschichts- und Alterthumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes' gehen, bis auf die hier erwähnten Ausnahmen, auf die Frühzeit des ersten Herzogtums Sachsen-Altenburg kaum ein. Allerdings sind im Band I (1841–1844) mehrere Schutzbriefe Tillys, Baners und Piccolominis, die für das Herzogtum ausgestellt wurden, sowie die Bruchstücke eines in Altenburg zur Zeit der Schlacht von Lützen 1632 geführten Tagebuches als Quellenbeilagen abgedruckt. Auch in den Bänden II (1845–1848), IV (1858), VII (1874) und IX (1887) finden sich Quellen oder Aufsätze, die von Altenburg im 30jährigen Krieg oder den Westfälischen Friedensverhandlungen berichten.

III.

Herzog Friedrich Wilhelm I. von Sachsen-Weimar-Altenburg starb am 7. Juli 1602[29], kurz nach seiner Rückkehr aus Torgau, wo er als kursächsischer Administrator residiert hatte, in Weimar. Mit seinem Tod geriet das Herzogtum innenpolitisch in eine schwierige Lage. Friedrich Wilhelm I. war als ältester der aus der ernestinischen Kurlinie stammenden Fürsten zeitlebens bemüht gewesen, eine weitere Zersplitterung des ernestinischen Besitzes zu verhindern, um so die Machtbasis für einen eventuellen Wiederaufstieg der Ernestiner zu erhalten. Nicht nur 1590 und 1596 hatte er sich bemüht, die Teilungswünsche seiner Vettern Johann Casimir und Johann Ernst in Eisenach und Coburg durch die Vermittlung von Mutschierungsverträgen abzuwehren, auch im eigenen Herzogtum konnte er sich nicht zu einer Erbteilungsregelung mit seinem Bruder Johann bereit finden.

Die Söhne Friedrich Wilhelms, Johann Philipp und Friedrich II., beide 1597 bzw. 1599 in Torgau geboren, sowie Johann Wilhelm und Friedrich Wilhelm II., erbten 1603, nach der Teilung des Herzogtums Sachsen-Weimar durch ihren Onkel Johann, den altenburgischen Landesteil. Damit entstand aus Altenburg ein eigenständiges Fürstentum, das noch im Jahre 1603 Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat des Reichstages erlangte.[30] Johann war zur Teilung gezwungen gewesen, um einen noch größeren Einfluß Kurfürst Christians II. auf die ernestinischen Lande abzuwehren. Er hatte sich auf kaiserlichen Druck hin schon damit einverstanden erklären müssen, den Kurfürsten als Vormund über seine Neffen anzuerkennen. Die Witwe Friedrich Wilhelms I., die aus dem Hause Pfalz-Neuburg stammende Anna-Maria, siedelte daraufhin mit ihren Söhnen im Januar 1604 nach Altenburg über. Dort begann ein von ihr und dem ehemaligen weimarischen Kanzler Gerstenberg, der nun in altenburgische Dienste wechselte und gleichzeitig die Erziehung der Söhne überwachte, forcierter Neuaufbau des Herrschaftssystems. Entgegen der im Teilungsvertrag von 1603 vereinbarten gemeinschaftlichen Verwaltung drängte Gerstenberg auf eine vollständige Teilung der Herzogtümer.

Der gemeinsame Landtag von Weimar und Altenburg tagte 1609 letztmalig in Eisenberg. 1610 beschloß ein Ausschußtag die Trennung. Jedoch stritt man sich weiterhin um die Landeshoheit über den schriftsässigen Adel. Bis 1612 wurden auch die Konsistorien getrennt und eine altenburgische

---

[29] Die Daten werden im alten Stil angegeben. Ausnahmen sind gesondert gekennzeichnet.

[30] F r o m m e l t, Geschichte (wie Anm. 23), S. 126.

Superintendentur eingerichtet. Die Gemeinsamkeit der Steuereinnahme war schon 1607 aufgehoben worden. Im übrigen betraf der sich entwickelnde Trennungsstreit auch Wirtschaftsfragen, beispielsweise die Aufteilung der Jenaer Weinberge.[31] Johann Philipp richtete seine Politik nach Übernahme der Regierung auf eine aktive Verbesserung der Wirtschaftskraft seines Landes und versuchte, in Altenburg eine Messe zu etablieren. Obwohl dieses Vorhaben offensichtlich die geographisch günstige Lage der neuen Residenzstadt an einer der großen Nord-Süd-Verbindungen des Reiches und zwischen den großen Handelsstädten Süddeutschlands und dem Messeplatz Leipzig auszunutzen gedachte, konnte man sich gegen die Proteste des Leipziger Stadtrats auf Dauer nicht durchsetzen. Als sich Kurfürst Johann Georg I. die Klagen Leipzigs ob der unerwünschten Konkurrenz zu eigen machte, mußte Johann Philipp seine Pläne aufgeben.[32] Auch in architektonischer Hinsicht wollte man in Altenburg neue Zeichen setzen. So wird vermeldet, daß das *von alten Zeiten her zu Wohnung und Auffenthalt der Chur- und Fürsten zu Sachsen gleichsam gewidmete Hauß mit besserer Bequemlichkeit zugerichtet und am 26. Maii anno 1606 der erste Grund- und Eckstein zu einem neuen Schloß-Gebäude geleget worden* sei.[33] Das Altenburger Schloß wurde zwischen 1606 und 1609 tatsächlich einem größeren Um- und Neubau im Stil der Renaissance unterzogen. Erstmals sollten mehrgeschossige Gebäude den Burgberg einschließen, Renaissancegalerien um den gesamten Schloßhof führen.[34]

Der nach dem Tode Johanns von Sachsen-Weimar 1605 entbrannte Präzedenzstreit zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar, der sich bis zum Beginn des 30jährigen Krieges hinzog und im Grunde erst mit dem Aussterben der Altenburger Linie 1672 endete, erscheint unter dem Blickwinkel einer zielstrebigen Altenburger Staatsbildung keineswegs als ein unnützer Streit, ein „Zankapfel", den die kursächsische Politik „nicht ohne Hintergedanken ... unter die ernestinischen Vettern"[35] geworfen habe. Vielmehr ging es wohl um den Führungsanspruch unter den Ernestinern, den die ambitionierten Altenburger Räte Gerstenberg, Kromsdorf und

---

[31] H u s c h k e, Politische Geschichte (wie Anm. 12), S. 57f.

[32] S a c h s e, Sachsen-Altenburg (wie Anm. 23), S. 38.

[33] Wilhelm Ernst T e n t z e l, Saxonia-Numismatica oder Medaillen-Cabinet von Gedächtniß-Müntzen ... Welche die Durchlauchtigsten Chur- und Fürsten zu Sachsen Ernestinischer Haupt-Linie prägen und verfertigen lassen ..., Dresden 1705, S. 394; vgl. auch M ü l l e r, Annales (wie Anm. 28), S. 239.

[34] Kurt S c h o l z e, Das Altenburger Schloß. Mit 8 Zeichnungen von Rudolf P a u l i k, 2., veränderte Auflage des „Wegweisers durch die Geschichte der Altenburger Burg" (Beiträge zur Altenburger Heimatkunde, Heft 2), Altenburg 1960, S. 7.

[35] H u s c h k e, Politische Geschichte (wie Anm. 12), S. 56.

Förster auch im Hinblick auf die denkbar gewordene ernestinische Erbfolge in Kursachsen ventilierten.[36] Der Neuaufbau eines eigenständigen, von Weimar möglichst unabhängigen Herzogtums diente den Altenburger Fürsten als Basis dieser aufstrebenden Politik, deren Rückbezüge auf Friedrich Wilhelm I. unverkennbar sind. Der Frage der Erstgeburt zwischen den Weimarer und den Altenburger Fürsten und der Strittigkeit des „Vorsitzes bei öffentlichen Verhandlungen und Zusammenkünften"[37] muß ein ganz neues Gewicht beigemessen werden. Die Altenburger Räte hatten erkannt, daß eine Emanzipation von Kursachsen oder sogar eine Wiedererlangung der Kurwürde nur möglich sein würde, wenn es gelang, den Führungsanspruch Sachsen-Altenburgs unter den Ernestinern durchzusetzen und damit auch die laut Teilungsvertrag gemeinsame Beratung der „teutschen Reichsangelegenheiten"[38] zu bestimmen. Hierbei handelte es sich mitnichten um eine irrelevante politische Spekulation. Das Streben von Dorothea Maria, der selbstbewußten Witwe Herzog Johanns von Weimar, nach einem Wiedererstarken Sachsen-Weimars[39], mit dem Ziel, eine Revisionspolitik insbesondere gegenüber Kursachsen betreiben zu können, ging in die gleiche Richtung. Friedrich Hortleder, der Erzieher der Söhne Johanns, scheint diese Ziele den jungen Weimarer Prinzen vermittelt zu haben. So war der Konflikt zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar unvermeidlich. Die Strategie allerdings war unterschiedlich. Während man in Weimar im Vorfeld des 30jährigen Krieges einen Konfrontationskurs, sowohl gegenüber den albertinischen Vettern als auch gegenüber dem Kaiser steuerte, bemühten sich die Altenburger Fürsten um eine pragmatischere Politik, die sich zunächst konziliant zeigte, nebenbei jedoch die Möglichkeiten der Nachfolge in der Kurwürde genau sondierte. Unabdingbare Voraussetzung

---

[36] Schon Hellfeld macht auf diesen Punkt aufmerksam: „Der Streit war in der That wichtiger, als er beim ersten Anblick scheinen möchte. Mit der Entscheidung der Frage, welcher von beiden Linien der Vorgang vor der andern gebühre? verband man zugleich die einer andern, auf welches von beiden Häusern, die Sächsische Churwürde fallen sollte, wenn die Linie so sie jetzt besase, ausging?", Bernhard Gottlieb Huldreich von Hellfeld, Leben Johann Ernsts des Jüngeren ... , Jena 1784, S. 21.

[37] Frommelt, Geschichte (wie Anm. 23), S. 128.

[38] Ebenda, S. 127.

[39] Vgl. Andreas Klinger, Geschichte als Lehrstück – Friedrich Hortleders Darstellung des Schmalkaldischen Krieges, in: Der Schmalkaldische Bund und die Stadt Schmalkalden, hrsg. vom Verein für Schmalkaldische Geschichte und Landeskunde, Schmalkalden 1996, S. 101–111, hier S. 111. Daß Hortleder die Ereignisse von 1547 nicht so katastrophal darstellte und die jungen Herzöge zur Fortsetzung der Politik, die dahin geführt hatte, ermunterte, weist in die Richtung eines weimarischen Sachwaltertums für das ernestinische Gesamthaus; vgl. auch Bernhard Röse, Herzog Bernhard der Große von Sachsen-Weimar, I. Theil, Weimar 1828, S. 19–24.

dafür war jedoch in jedem Falle die Hegemonie unter den Ernestinern. Aufschlußreich sind die Münzprägungen, welche zu dieser Zeit in Altenburg vorgenommen wurden. Diese belegen recht eindeutig, daß sich der Anspruch der Altenburger auf das gesamte ernestinische Haus bezog. Ein 1612 geprägter Taler trägt die Umschrift: *Uneinigkeit geht vor dem Verderben her.*[40] Folgerichtig gerieten die Altenburger nicht allein mit Weimar, sondern auch mit Coburg in Streit. Berichtet wird von *Irrungen zwischen den jungen Hertzogen zu Altenburg und Weimar/eines/und den Hertzogen zu Coburg/andern Theils.*[41] Die Weimarer Herzöge antworteten im gleichen Jahr *zur Revanche*[42] mit einer Münzprägung, auf welcher folgende Umschrift zu lesen war: *Unrecht ist der Uneinigkeit Gefehrte.*[43] Die Weimarer kamen sich überrumpelt und ungerecht behandelt vor.

Aus Altenburger Sicht war die Gelegenheit zur Herbeiführung dieser Auseinandersetzung jedoch sehr günstig. Gerstenberg, der noch aus der Zeit von Friedrich Wilhelms Vormundschaftsregierung ausgezeichnete Verbindungen zum Dresdner Hof besaß, hatte den Kurfürsten zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber seinen Altenburger Vettern bewegen können und auch die formalrechtliche Situation schien für Altenburg durchaus erfolgversprechend. Gleichzeitig waren die politischen Spielräume der unter kursächsischer Vormundschaft stehenden Weimarer Herzöge und ihrer Mutter erheblich eingeschränkt. Die wesentlichen Urkunden und Verträge sprachen für die altenburgische Position. So wird in dem von Kaiser Maximilian II. am 25. September 1573 im Nachgang der Exekution gegen Johann Friedrich II. ausgestellten Begnadigungsbrief Johann Wilhelm, der Vater Friedrich Wilhelms I. und Großvater Johann Philipps, *umb seines ... bezeigten Gehorsambs und Wohlverhaltens willen, mit der Primogenitur und Vorgang an der Chur-Sachsen, und andern desselben Theils Fürstenthumen und Landen ... begnadigt.*[44] Der Kurfürst von Sachsen weist in einem Schreiben an die Weimarer Räte am 20. Juli 1606 – also kurz nach Ausbruch der Streitigkeiten – darauf hin, daß die Altenburger, die sich sofort an den Kaiser gewandt hatten, ohne jeden Zweifel das Recht auf ihrer Seite hätten, *weil auch die keyserliche erlangte begnadungen, und die concessiones uff den erstgebohrnen* (gemeint war Friedrich Wilhelm I. im Vergleich zu Johann, M.V.) *gehen.*[45] Auch die von Weimar angerufene juristi-

---

[40] Tentzel, Saxonia-Numismatica (wie Anm. 33), S. 398.
[41] Ebenda, S. 399.
[42] Ebenda, S. 400.
[43] Ebenda, S. 400.
[44] Zitiert nach von Hellfeld, Leben Johann Ernsts (wie Anm. 36), S. 191.
[45] Ebenda, S. 200.

sche Fakultät in Tübingen urteilte im gleichen Tenor,[46] und so überraschte die Entscheidung des kaiserlichen Hofrates vom 27. September 1607 kaum noch: Den Altenburger Herzögen wurde das *ius praecedentiae im fürgehen, fürstimmen, und andern Prärogativen, welche der primogeniturae iuris, auch obangedeuteten Bullen, privilegiis und documentis angehörigk*[47] zugesprochen.

Der Streit war damit für die Altenburger Politik erfolgreich beendet, obwohl sich die Feindseligkeiten noch eine ganze Weile fortsetzten.[48] Aus Sicht der noch unmündigen Herzöge Altenburgs konnten dies gleichwohl ‚nur' Investitionen in die Zukunft sein, da Anna Maria, die Mutter der Prinzen, jedes größere Interesse an der Politik verlor und sich auf ihren Witwensitz nach Dornburg zurückzog, und die Herzöge erst am Anfang ihrer Ausbildung standen. Wie weit jedoch die Abneigung zwischen Altenburg und Weimar auch in diesem Bereich fortgeschritten war, zeigt sich daran, daß Johann Philipp, Friedrich, Johann Wilhelm und Friedrich Wilhelm 1612 nicht die Jenaer Universität,[49] sondern die Leipziger alma mater besuchten.[50] Dies ist auch deshalb ungewöhnlich, weil Leipzig zu dieser Zeit als diejenige evangelische Universität im Reich galt, die für eine eher reichstreue Haltung stand.[51] Die vier Altenburger Prinzen waren überhaupt

---

[46] Auch Dorothea Maria scheint das Unabwendbare geahnt zu haben. In ihrem Beschwerdebrief an den Kaiser vom 3. Januar 1607 bestreitet sie keineswegs grundsätzlich die Argumente der Gegenseite. Vielmehr beruft sie sich auf einen Mangel an Informationen und fehlende Zeit zur Prüfung des Sachverhalts, um damit einen Aufschub zu erwirken. Vgl. Bittschrift Dorothea Marias vom 3. Januar 1607 in: von Hellfeld, Leben Johann Ernsts (wie Anm. 36), S. 201–206.

[47] Ebenda, S. 210.

[48] So verweigerte Sachsen-Weimar dem Kanzler Gerstenberg die Belehnung mit seinen im Weimarischen liegenden Gütern. Auch an der Erneuerung der Erbeinung zwischen Hessen, Brandenburg und Sachsen in Naumburg 1614 nahmen die Weimarer Herzöge nur unter Protest teil, da die Altenburger ihnen im Zeremoniell vorgezogen wurden. Vgl. Huschke, Politische Geschichte (wie Anm. 12), S. 55f.; Frommelt, Geschichte (wie Anm. 23), S. 128.

[49] Zwar wird in der Literatur gelegentlich behauptet, die jungen Herzöge wären vor 1612 in Jena gewesen, „wo sie ebenfalls den Studien oblagen" (E. Wagner, Die Einlagerung Herzog Friedrichs von Altenburg im Erfurter Gebiet 1622–1623, in: Jahrbuch des Vereins für Heimatkunde im Amtsbezirk Vieselbach 4 [1913], S. 13–98, hier S. 16), jedoch findet sich in den Matrikelverzeichnissen der Jenaer Universität keine Eintragung über ihren dortigen Aufenthalt. Vgl. Die Matrikel der Universität Jena, Bd. 1: 1548–1652, bearb. von Georg Mentz in Verbindung mit Reinhold Jauernig, Jena 1944, S. 272.

[50] Vgl. Georg Erler (Hrsg.), Die jüngere Matrikel der Universität Leipzig, I. Bd.: 1599–1634, Leipzig 1909, S. 384.

[51] Bereits unter Kurfürst August, besonders aber nach der kryptocalvinistischen Periode wurde die Universität wegen befürchteter „Verwicklungen mit Habsburg" immer wieder auf die Linie der kursächsischen ‚Reichstreue', die „eine außenpolitische Passivität"

die einzigen sächsischen Herzöge, die im 17. Jahrhundert den Weg nach Leipzig fanden. Johann Philipp, der Älteste, war dort überdies vom Wintersemester 1612 bis zum Sommersemester 1614 Rektor.[52] Caspar Facius, ein Jurist, der auch als Verfasser religiöser Gedichte eine zumindest regionale Bedeutung erlangt hatte, beendete seine Erziehungsaufgaben mit dem Wechsel der Herzöge auf die Universität, scheint aber weiterhin eine einflußreiche Rolle in der Altenburger Politik gespielt zu haben. Johann Philipp machte ihn, nachdem er 1615 nach Altenburg zurückgekehrt war, zu seinem persönlichen Geheimsekretär; später stieg er bis zum Konsistorialpräsidenten auf. Die jüngeren Brüder Johann Philipps begaben sich zu dieser Zeit auf Kavalierstour u. a. nach Italien. Vor allem Johann Wilhelm und Friedrich hielten während dieser Zeit engen brieflichen Kontakt.[53] 1613 belehnte Kaiser Matthias das gesamte Haus Sachsen mit Jülich, Cleve und Berg – zweifellos auch für die Altenburger ein Prestigeerfolg. Zu einer tatsächlichen Inbesitznahme des Erbes ist es aber bekanntlich nie gekommen.

IV.

Für die kursächsische und in deren Gefolge die altenburgische Politik begann mit dem Tod von Kaiser Matthias am 20. März 1619 (n. St.) eine unsichere Zeit. Johann Philipp war 1618, im Jahr des Beginns der böhmischen Revolte, volljährig geworden und hatte die Alleinregierung Sachsen-Altenburgs sowie die Vormundschaft über seine jüngeren Brüder übernommen. In einer von der Altenburger Regierung verbreiteten Flugschrift des Jahres 1619 heißt es, durch den Tod des Kaisers sei am Reich *abermal ein mercklicher Riß geschehen*[54] und der Erhaltung *von fried und ruhe im Heiligen Römischen Reich/und also auch unserm geliebten Vaterland Deutscher Nation*[55] müsse alle Kraft gewidmet werden. Der sächsische Kurfürst Johann Georg I. schrieb am 2. April nach Altenburg, auch er wäre wegen des plötzlichen Ablebens des Kaisers *ebenermaßen betrübt*. Ein

---

bedeutete, eingeschworen. Alma Mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, hrsg. von Lothar Rathmann, Leipzig 1984, S. 60–73, hier S. 65 und 69; Herbert Helbig, Universität Leipzig, Frankfurt a. M. 1961, S. 41; Notker Hammerstein, Jus und Historie. Ein Beitrag zur Geschichte des historischen Denkens an deutschen Universitäten im späten 17. und 18. Jahrhundert, Göttingen 1972, S. 266–271.

[52] Erler, Matrikel (wie Anm. 50), S. LXXXVIf.

[53] 1620/21 hielt sich Johann Wilhelm beispielsweise in Oberitalien auf und besuchte dabei u. a. Verona und Florenz. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 4r.

[54] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 28v.

[55] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 31v.

kaiserloses Reich sei um so weniger wünschenswert, als *nicht allein im Königreich Böhmen die gefehrliche unruhe noch wehret, sondern auch sonsten von allerhandt Kriegspraeparationen höret, wie es endtlich hinaus lauffen undt was vor gefahr man zu erwarten haben werde, Jedoch weill der liebe Gott den fall also geschickt, müßen wier Seiner Allmacht in geduldt still halten ...*[56] In diesen wenigen Zeilen versammeln sich die Hauptmotive der kursächsischen Politik – das Zögern, die Duldsamkeit hinsichtlich der böhmischen Ereignisse und die Ratlosigkeit nach dem frühen Ableben des Kaisers, auf dessen reichspolitische Ausgleichsbemühungen man ebenso gehofft hatte wie auf ein Entgegenkommen in der jülich-clevischen Erbfolgefrage.

Hinzu kam die Furcht, die pfälzischen Ambitionisten und der neue Kaiser könnten das sensible Gleichgewicht im Reich endgültig zerstören. Schon bei Übernahme der Reichs-Vikariats-Geschäfte hatte der Kurfürst mitgeteilt, er wolle sich während des Interregnums bemühen, *empörungen, so dem heiligen Römischen Reich und allgemeinen Vaterland Teuzscher Nation, oder unsern eigenen chur: und fürstenthumben zu schaden, nachtheil und verderb gereichen wollen, ereignen möchten, wie alsdann allen ungelegenheiten zu begegnen, und das unheil abzuwenden ...*[57]. Um für diese Abwehr gerüstet zu sein, hatte Johann Georg am 19. März 1619 Johann Philipp unter Verweis auf die Erbverwandtschaft und in seiner Eigenschaft als Kreishauptmann des obersächsischen Kreises die Mobilisierung der Landesdefension nahegelegt. Johann Philipp kam dieser Nötigung nach und ließ im Frühjahr 1619 Mandate an alle Amtleute seines Herzogtums versenden mit der Aufforderung: *Ihr wollt euch eweren Leben halben / auch den verpflichten verträgen nach / mit den ewern verfügen daß sie sich unverzüglich mit Knechten / Pferden und Harnisch / sampt den Heerwägen / und was darzu gehört / gerüst und gefast machen.*[58] Diese Vorbereitungen sollten der *beschirmung unsers geliebten Vaterlandes Deutscher Nation* dienen, wie Johann Philipp in das Mandat nach der Berufung auf die Erbverwandtschaft noch einfügen ließ.[59]

---

[56] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 26.

[57] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 11r.

[58] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 23r. Über die Besonderheiten des sächsischen Defensionswesens vgl. Herbert Helbig, Der Adel in Kursachsen, in: Deutscher Adel 1555–1740, hrsg. von Hellmuth Rössler (Schriften zur Problematik der deutschen Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 11), Darmstadt 1965, S. 216–258, hier S. 232; Rolf Naumann, Das kursächsische Defensionswerk 1613–1709, Diss. phil. Leipzig 1916; Georg Linsenbarth, Das Defensionswerk im Fürstentum Sachsen-Weimar vom Jahre 1615 bis zum Jahre 1702, Diss. phil. Jena 1938.

[59] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 23r.

Über die Verteidigung der eigenen Territorien machte man sich in Dresden bereits seit 1617 Gedanken, als im Zuge der Verhandlungen, die in den Oñate-Vertrag mündeten, dem sächsischen Kurfürsten der Schutz durch den Kaiser zugesichert wurde.[60] Im Frühjahr und Sommer 1619 wurde dennoch die Lage zunehmend bedrohlich. Bereits ein Jahr zuvor hatten sich die Lausitzen und Schlesien[61] dem böhmischen Aufstand angeschlossen. Gleichzeitig zogen größere Truppenkontingente, die Christian von Halberstadt in Mitteldeutschland geworben hatte, an den Grenzen Kursachsens vorbei. Schließlich kam im Umfeld der Verhandlungen um die bevorstehende Kaiserwahl eine Abmachung zustande, die „für den Fall, daß der Kurfürst von den Böhmen belästigt werden sollte" vorsah, daß „ihm die Truppen zu Hilfe kommen, die Seine Majestät (Philipp III. v. Spanien) in Deutschland hat, und nötigenfalls auch einige Truppen des flandrischen Heers".[62]

Trotz dieser Vorbereitungen Kursachsens wollte man sich in Altenburg Wege in alle Richtungen offenhalten. Die eigene Position sollte dabei gleichwohl nicht verborgen bleiben. Am 31. März 1619 schrieb Johann Philipp an den *Churfürsten Pfalzgraffen*: Er hoffe, die göttliche Macht könne *bey izigen one das gefehrlichen leufften und Zeiten, vor aller gefahr, aufruhr, aufbäumung und Widerwertigkeit väterlich bewahren.*[63] Auch hoffe er, daß das Reich *inn friede, ruhe und guter einigkeit verbleibe, und künfftig nach Seinem Göttlichen willen und wohlgefallen, widerumb mit einen zu dieser dignitet tüchtigen haubt und successoren versehen werden möge.*[64] In Anbetracht der Tatsache, daß der Kurfürst von der Pfalz bereits seit Sommer 1618 in engem Kontakt mit den böhmischen Aufständischen stand, ist diese Aussage nicht anders als eine deutliche Ablehnung der pfälzischen Beteiligung am *aufruhr* im Reich zu lesen.

Die durchziehenden Soldatenhaufen bereiteten auch Herzog Johann Philipp größere Schwierigkeiten. Im Frühjahr 1619 häuften sich Beschwerden über Plünderungen und Verwüstungen bei der Altenburger Regierung: Man sei unterrichtet worden, hieß es in einem Mandat, d*aß das jetzo durchziehende Kriegsvolck nach dem Königreich Böhmen / auch ander ... Herrenloses gesindlein / unsern und ewern Unterthanen / in Städten und Dörf-*

---

[60] Geoffrey P a r k e r, Der Dreißigjährige Krieg, Frankfurt a. M. 1987, S. 106. Hierin liegt übrigens auch ein wichtiger, ganz praktischer Grund für die Ablehnung der Bündnisangebote, die seitens der Union an Kursachsen herangetragen wurden.

[61] Ebenda, S. 118.

[62] Pedro de San Juan an Oñate, 21. August 1619. Zitiert nach Ebenda, S. 123.

[63] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 9v.

[64] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 9v.

fern grossen uberlast thun / und ... mit ungestüm / frevel und gewalt sich *unterstehen in die Höfe und Häuser zu lauffen / und zu nehmen was ihnen gefellig ...*[65] Künftig sollten derartige Vorfälle sofort gemeldet und mit der Entsendung eigener Soldaten beantwortet werden. Die durchziehenden Soldaten sollten nicht mehr in die Höfe und Dörfer eingelassen werden; herrenlosen Soldaten drohten bei Verfehlungen strenge Strafen.

Die Herzöge zu Altenburg wollten im Windschatten des kursächsischen und kaiserlichen Wohlwollens bleiben – bereit, eventuelle Möglichkeiten zum eigenen Vorteil zu nutzen. Nach der Absetzung Ferdinands als König von Böhmen und dem „Griff der Kurpfalz"[66] nach eben dieser Krone, scheint in Altenburg jedoch die Erinnerung an die negativen Erfahrungen, die die Ernestiner bei offenen Auseinandersetzungen mit den Habsburgern gemacht hatten, gesiegt zu haben. So wenig wie Kursachsen bereit schien, sich den Rechtsbruch, den die Rejektion Ferdinands darstellte[67], zu Nutze zu machen, so wenig gedachte man in Altenburg, die guten Beziehungen zum Kaiser aufs Spiel zu setzen. Ferdinand II. hatte noch vor seiner Wahl zum Kaiser nach Altenburg an den *besonders lieben Oheim* Johann Philipp geschrieben, daß dieser in der *bißher erwiesenen, wolgemeinten Affection* gegenüber dem Hause Habsburg *hinfüro wie biß dato* verharren solle.[68]

Wie die Altenburger aber andererseits die sich bietenden Möglichkeiten der in Fluß geratenen Politik im Reich – abseits von *fried und ruhe*[69] – zu nutzen gedachten, zeigt der Weg, den Herzog Friedrich, der zweitälteste der Altenburger Brüder, nach Eintritt seiner Volljährigkeit 1620 einschlug. Noch während des böhmischen Feldzugs hatte er im Dienste des sächsischen Kurfürsten gestanden. Für die spanische Infantin Isabella, deren Bekanntschaft sicherlich auch mit dem Schutzangebot der Spanier an Johann Georg I. in Verbindung stand[70], warb der Herzog ab Mai 1622 Soldaten.

---

[65] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 37r.

[66] Volker P r e s s, Wettiner und Wittelsbacher – die Verlierer im dynastischen Wettlauf des Alten Reiches: Ein Vergleich, in: Sachsen und die Wettiner. Chancen und Realitäten (Dresdner Hefte), Dresden 1990, S. 63–71, hier S. 66.

[67] F. B o t h e, War die Rejektion Ferdinands II. von Böhmen (1619) berechtigt? Erster Theil: War Böhmen Erb- oder Wahlreich?, Diss. phil. Halle a. S. 1898.

[68] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 1v.

[69] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 31v.

[70] Bereits zum Jahreswechsel 1621/22 berichtet Friedrich – noch in Diensten Johann Georgs I. – seinem Bruder Johann Wilhelm: *Mein her der Churf. ist gantzlichen resoliviret starck werben zu lassen, undt ich gewiß zum wenigsten 900 wo nicht gar 1000 Pferde bekommen werde.* ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 4r. Die geworbenen Truppengrößen gehen also wahrscheinlich auf Überlegungen in der Armee des sächsischen Kurfürsten zurück.

Friedrich reiste sogar selbst nach Brüssel, um seinem *alten intent nach* seine *dienste zu presendiren*, wie er am 29. Januar 1622 aus Paris an seinen Bruder Johann Wilhelm schrieb.[71] *Underwegens* machte er auch die Bekanntschaft des spanischen Befehlshabers Spínola, der ihn in seinem Vorhaben bestärkt zu haben scheint.[72] Von der Infantin ist er sodann überrascht und zugleich freudig aufgenommen[73] und wenig später instruiert worden, *vor I. K. Würden in Spanien, so wohl vor der Serenissima Infanta 1000 Pferdt undt ein [...] Regiment zu Fuß Von 12. fendlein knechten, iedes zu 300. Man stark* zu werben *undt alß ein Teutscher Obristmeister Uber beyde regimendt* zu *commandiren*. Insgesamt stellte Friedrich von Altenburg den Spaniern für den bevorstehenden Kampf in den Niederlanden[74] bis zu 4600 Mann zur Verfügung.[75]

Daß mit diesen Diensten durchaus auch weiterreichendere Pläne als die ‚übliche' Condottiere-Existenz eines nachgeborenen Fürstensohnes verbunden waren, zeigen die bisher nur in Andeutungen bekannten Motive Friedrichs. Eine von ihm erwogene Konversion zum Katholizismus und die Annäherung an die spanische Politik, schienen ihn einer Kurwürde von spanischen Gnaden näher zu bringen. Freilich boten sich diesen Plänen in Anbetracht der starken Stellung Johann Georgs I. und Maximilians I. kaum Realisierungsmöglichkeiten. Bemerkenswert ist an diesem, wohl selbst von spanischer Seite kaum ernst gemeinten Vorstoß auch ‚nur', wie weit der Einfluß der Diplomatie Oñates und Zuñigas in die innersten Belange des Reiches drängte. Abseits der habsburgischen Haussolidarität und der Interessen der großen Reichsfürsten machte Spanien offenbar Politik mit eigenen Intentionen. Wenig erstaunlich ist, daß man denn auch in Dresden und München das Scheitern dieses Vorhabens mit Zufriedenheit kommentierte.[76]

---

[71] ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38, Bl. 5r.

[72] *Marqui Spinola ahngesprochen* ... teilt er seinem Bruder Johann Wilhelm in demselben Brief mit. Ebenda.

[73] Der päpstliche Nuntius notiert ausdrücklich: *Le duc Frédéric de Saxe-Altemburg, luthérien, est venue à Bruxelles offrir à l'infante ses servives contre les Hollandais et lui proposer de lever des troupes. L'infante l'a bien accueillie et demandera l'avis du roi d'Espagne.*, Correspondance du nonce Giovanni-Francesco Guidi di Bagno (1621–1627), Bd. 1, hrsg. von Bernard de Meester (Analecta Vaticano-Belgica, 2. Série V), Brüssel/Rom 1938, S. 161.

[74] Vgl. die Instruktion für Friedrich vom 19. Dezember 1622. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 38r–40r.

[75] In einer aus der Zeit der Einquartierung in Schloß Vippach (bei Erfurt) erstellten Übersicht werden 12 *Compagnien zu Roß* und 12 *zu Fuss* ausgewiesen. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 2r.

[76] In einem wahrscheinlich zwischen Gabriel Pechman und Friedrich Lebzelter geführten Briefwechsel heißt es 1623: *Den Hg. Friedrich von Sachsen-Altenburg wollte man*

Friedrich hingegen schien im Frühsommer 1622 ganz optimistisch.[77] Es stellte sich aber sehr bald heraus, daß mit Versprechungen allein – *Zehen Tausent Cronen*[78] waren zugesagt worden – keine Armee aufzustellen und zu unterhalten war. Die Spanier zahlten offenbar nur Bruchteile der vereinbarten Summe und das Altenburger Land war bald ausgezehrt, so daß die Lage für die Altenburger Herzöge im Dezember 1622 fatal wurde. Die geworbenen Soldaten meuterten.[79] Zusätzlich erschwert wurde die Situation dadurch, daß Johann Philipp versucht hatte, durch eine aktive Beteiligung an der Inflationspolitik der Kipper- und Wipper-Zeit seine Kassen mit billigem Geld zu füllen. Die Juden, die das Privileg zum Schlagen von minderwertigen Kupfer- und Silbermünzen erhalten hatten, lösten durch ihr Inflationsgeld bereits im Sommer 1622 Unruhen aus und erzwangen eine Schließung der Münzstätten, die am 11. Juni 1622 erfolgte[80], nachdem der kursächsische Landtag 1622 die Altenburger Münzen nicht mehr anerkannt hatte.[81] Wahrscheinlich auch wegen dieser zunehmenden Schwierigkeiten vollzog Friedrich auf Druck Johann Philipps kurz vor Jahresende 1622 einen radikalen Kurswechsel und schloß sich dem Bündnisprojekt „Teutscher Friedbund" an, das der Herzog Wilhelm von Weimar zu dieser Zeit vorbereitete.[82] Doch auch dieser Wechsel brachte der Armee keine

---

durch die spanische Bestallung und mit Vertröstungen auf die sächsische Kur zur päpstlichen religion bringen; es ist ein Glück, dass die Bestallung sich zerschlagen hat. Zitiert nach Klaus Conermann (Hrsg. unter Mitarbeit von Dieter Merzbacher), Briefe der Fruchtbringenden Gesellschaft und Beilagen: Die Zeit Fürst Ludwigs von Anhalt-Köthen 1617–1650, Bd. 1: 1617–1626 (Die Deutsche Akademie des 17. Jahrhunderts Fruchtbringende Gesellschaft, Reihe I, Abteilung A: Köthen, Bd. 1), Tübingen 1992, S. 175.

[77] *Verhoffe ich Unser Herr Gott werde noch gelegenheit schicken, des wir einmahl im felde beysammen sein können ...*, schrieb er an Johann Philipp. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl.XIII, Nr. 38a, Bl. 4v.

[78] Vgl. die Instruktion. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38r–40r.

[79] Am 24. Januar 1623 schrieb Johann Philipp an Friedrich, daß er mit Sorge vernommen habe, *daß das Volck zu Roß und fueß mehrenteils meuteniret, und der rest nunmehr volligk abgedanckt ist.* ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 71r.

[80] Sachse, Sachsen-Altenburg (wie Anm. 23), S. 38; von Beust, Jahrbücher (wie Anm. 28), S. 144–148.

[81] Heinrich Mock, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Altenburg, Altenburg 1940. Mock legt auch die ersten Ansätze einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik in Sachsen-Altenburg nach 1603 dar. So wurde beispielsweise 1625 die Einfuhr von Salz untersagt und der Kauf einheimischen, aus der Saline von Sulza stammenden Salzes angeordnet. Ebenda, S. 35.

[82] Vgl. Karl Menzel, Die Union des Herzogs Wilhelm IV. zu Sachsen-Weimar und seine Gefangenschaft in Neustadt (1622–1624), in: Archiv für die Sächsische Geschichte 11 (1873), S. 32–80, hier S. 43f. Zur Bedeutung dieses Bundes neuerdings: Georg Schmidt, Die Fürsten von Anhalt – reformierte Konfessionalisierung und überkon-

ausreichende Subsistenzgrundlage, obwohl sich Herzog Wilhelm von Weimar und Fürst Ludwig von Anhalt-Köthen darüber einig waren, daß für ihr Bündnis eigene Truppen vonnöten sein würden. Anscheinend konnten aber auch sie keine Armee unterhalten. Am 14. Dezember teilte Ludwig von Anhalt-Köthen in einem Brief Herzog Wilhelm mit, daß er sich zwar bemühe, *die angedeutete summa geldes* zu beschaffen, jedoch befürchte, *es werde in dieser enge gar schwerlich darzu zugelangen sein.*[83] Da half es wohl auch nicht, daß Friedrich unter dem Namen *der Därbe* in die Fruchtbringende Gesellschaft aufgenommen wurde; in jene Sprachgesellschaft, die die Weimarer und Anhalter Fürsten zur Einigkeits- und Identitätsstiftung unter den Deutschen ins Leben gerufen hatten.[84] Hektische Sondierungen beim Kurfürsten von Sachsen und auch in Holland[85] halfen den ernestinischen Verbündeten mit ihrer Armee wenig weiter. Im Februar 1623 entschloß sich Friedrich daher, seine Truppen Christian von Halberstadt zu unterstellen.[86]

Johann Philipp indes hielt sich bedeckt. Er scheute davor zurück, sich einer Seite anzuschließen und betrieb eine stille und im Vergleich zu seinen Brüdern erfolgreichere Politik. Im Frühsommer 1621, also nur wenige Monate nach der Schlacht am Weißen Berg[87], schickte er eine mit viel Auf-

---

fessionelle Einheitsbestrebungen?, in: Reformation in Anhalt. Melanchthon-Fürst Georg III. Katalog zur Ausstellung der Anhaltischen Landesbücherei Dessau, hrsg. von der Evangelischen Landeskirche Anhalts, Dessau 1997, S. 66–76.

[83] Conermann, Briefe der Fruchtbringenden Gesellschaft (wie Anm. 76), S. 173; vgl. auch Menzel, Union (wie Anm. 82), S. 78.

[84] Vgl. den Eintrag ins Gesellschaftsbuch: Klaus Conermann (Hrsg.), Fürst Ludwig von Anhalt-Köthen. Werke, Bd. 1 (Die Deutsche Akademie des 17. Jahrhunderts Fruchtbringende Gesellschaft, Reihe II, Abteilung A: Köthen, Bd. 1), Tübingen 1992, S. 97. Zur politischen Bedeutung der Fruchtbringenden Gesellschaft vgl. Klaus Garber, Zentraleuropäischer Calvinismus und deutsche „Barock"-Literatur. Zu den konfessionspolitischen Ursprüngen der deutschen Nationalliteratur, in: Die reformierte Konfessionalisierung in Deutschland – Das Problem der „Zweiten Reformation", hrsg. von Heinz Schilling (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 195), Gütersloh 1986, S. 347; Georg Schmidt, Konfessionalisierung, Reich und deutsche Nation, in: Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, Bd. 7: Bilanz-Forschungsperspektiven-Register (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, Bd. 55), Münster 1997, S. 171–199, hier S. 196–198.

[85] Julius Otto Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg, Bd. I, Halle 1872, S. 398.

[86] Von Schloß Vippach sandte Friedrich seinen Bruder Johann Wilhelm am 18. Januar 1623 zu Christian, um mit diesem über einen Beitritt zu dessen Truppen zu verhandeln und der Bitte, *diese Sachen nicht langen verzugk leiden wollen* zu lassen. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 70r.

[87] 20. November 1620.

wand ausgestattete Gesandtschaft nach Wien, *um vom Kaiser Ferdinand II. die Sächsische Reichs-, auch Gülichsche- und Böhmische Lehen und Regalien zu empfangen.*[88] Angeführt wurde die Gesandtschaft vom altenburgischen Kanzler Karl Helias Förster sowie den Räten Heinrich von Bünau und Wilhelm von der Wense. Am 3. August erfolgte die *kayserliche Reichs- und die Belehnung mit Jülich*[89], am 13. August die „Böhmische Belehnung"[90] – besser als mit der Anerkennung Ferdinands II. als böhmischen Lehnsherren konnte man seine Haltung zur böhmischen Frage kaum demonstrieren. Die Gesandtschaft hielt sich sieben Wochen in Wien auf und nahm auf der Rückreise wegen des böhmischen und ungarischen *Gesindleins*[91] den Schutz kaiserlicher Soldaten gern in Anspruch. Dagegen hatten die Weimarer Herzöge noch im Herbst 1620 ihre und die kursächsischen (!) böhmischen Lehen von Friedrich V. von der Pfalz, dem neuerwählten König von Böhmen, zu Lehen genommen.[92] Friedrich berief sich übrigens bei seinen späteren Anfeindungen gegen den sächsischen Kurfürsten wegen dessen kaisertreuer Haltung auf eine angebliche Nähe Johann Georgs I. *zu der Päbstlichen Liga und Spanischen Conspirations-Verwandten.*[93]

Die politische Tuchfühlung, die Johann Philipp mit Kursachsen und dem Kaiser hielt, zahlte sich auch in einer anderen Hinsicht aus. Bereits seit 1618 war Johann Philipp mit Elisabeth, der Witwe Herzog Augusts verheiratet. Die Beziehungen zu Kursachsen vertieften sich damit auch in dynastisch-familiärer Hinsicht. 1622 wurde Johann Philipp für seine Bemühungen belohnt und auf dem Landtag zu Torgau *zum Vormunde der Chur- und Fürstlichen Kinder / wofern wieder Verhoffen der Chur-Fürst mit Tode abgienge/bestellet.*[94]

Johann Philipps Beziehungen zu seinem Bruder Friedrich hatten sich indes merklich abgekühlt, nachdem auch Johann Georg I. den Bündniswechsel ins Lager der Weimarer Herzöge übel vermerkt hatte. Eindringlich warnte der Kurfürst Johann Philipp, er möge sich jeder gegen den Kaiser gerichte-

---

[88] Chr. B. von Hopffgarten-Heidler, Mittheilungen aus der Reise-Rechnung einer Gesandtschaft, welche Johann Philipp von S.-Altenburg wegen Belehnung ... im Jahre 1621 nach Wien schickte, in: Mittheilungen der Geschichts- und Altertumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes 8/4 (1882), S. 582–592, hier S. 582.

[89] Zitiert nach Ebenda, S. 587.

[90] Ebenda, S. 587 und 589.

[91] Zitiert nach Ebenda S. 589.

[92] Theatrum Europaeum oder Außführliche oder Wahrhafftige Beschreibung ..., Frankfurt am Main 1662, S. 375f.; Röse, Bernhard (wie Anm. 39), S. 322f.

[93] Theatrum Europaeum (wie Anm. 92), S. 375.

[94] Tentzel, Saxonia-Numismatica (wie Anm. 33), S. 403.

ten Aktivität enthalten.[95] Doch dachte der regierende Altenburger Herzog wohl auch an sein Land und seine Untertanen, denen man bereits eine Kriegssteuer für die ‚spanischen Truppen' abverlangt hatte.[96] Die Soldaten seines Bruders waren schon im Sommer 1622 in die Stadt Altenburg verlegt worden, da die Auseinandersetzungen wegen der Einquartierungen auf dem Lande zu eskalieren drohten. Schließlich, so wird vermutet, sei *Fritz wegen der Soldaten mit seinem Herrn Bruder in Streit geraten*[97], weshalb sich Friedrich, nach Absprachen mit Johann Ernst und Albrecht von Weimar, mit seinen Truppen auf den Weg ins Erfurtische gemacht habe. Am 22. November 1622 gab Friedrich den Befehl für den Aufbruch, der am 4. Dezember tatsächlich erfolgte. Der Marsch durch weimarisches Gebiet war offenbar geplant, und Friedrich achtete darauf, daß sich die Schäden im sächsischen Gebiet in Grenzen hielten. Den Hauptleuten wurde eingeschärft: *Daß ihr Bey und vor dem Aufbruch aber eure Soldaten dahin ermahnet und vor euch und Offizier solchen Regiments und gute disciplin haltet, daß bey deßin abzuge, wie auch unterwegs, des ferneren Unterthanen mit Raub, Plünderung und Abnahme keines gemeldet geschehe und alleß Klagen und ander Unheil verhüttet werde ...*[98] Anders verhielt es sich mit Erfurt und den umliegenden Landstrichen, die furchtbar drangsaliert wurden. Zwar wandte sich der Rat von Erfurt an den Kurfürsten als *Erbschutzverwandten*[99] um Hilfe, doch dieser griff erst zu Beginn des Jahres 1623 ins Geschehen ein und drohte Friedrich, ihn mit seinen Truppen aus dem thüringischen Gebiet zu vertreiben – da war jedoch für Erfurt schon jede Hilfe zu spät.[100] Ein aus dem Jahre 1622 stammender ‚Psalm', der sich in einer Erfurter Chronik befindet, drückt das Elend aus, welches Friedrich über das Land gebracht hatte:

Und ihr Frevel mus Wohlgethan heißen.

Duringen, Duringen, du werthes Land,
Ein groß Unglück Kombt dir zu Hand,

---

[95] Johann Georg I. schrieb beispielsweise im Frühjahr 1619 nach Altenburg, daß er hoffe, *nicht zweiffeln* zu müssen am Willen der Altenburger Fürsten, alles Unheil gemeinsam mit Kursachsen vom Reich abzuwehren. ThStA Altenburg, Altes Hausarchiv, Cl. IA, Nr. 2, Bl. 11r.

[96] Die Bauern mußten „jeder 40 Pfg. zahlen". Wagner, Einlagerung (wie Anm. 49), S. 18.

[97] Zitiert nach Ebenda, S. 18.

[98] Ebenda, S. 23. Ob Erfurt nur eine Zwischenstation auf dem Weg in das niederländische Kriegsgebiet sein sollte oder als Lagerplatz für eine aufzubauende Friedbundarmee ausersehen war, läßt sich bislang nicht mit Sicherheit bestimmen.

[99] Ebenda, S. 31.

[100] Vgl. Menzel, Union (wie Anm. 82), S. 44f., Anm. 20. Zu den Vorgängen im Gebiet von Erfurt vgl. Stadtarchiv Erfurt 1-1/Xia-6 Vol. 1, f. 4.

Lucifer mit seinen Verwanten
Kommen und ihr Abgesanden,
Als Hertzog Fritz mit einem Heer Volke
Schelm, Diebe, Räuber und Mörder,
Mordbrenner und Straßenreuber,
Crabaten, Zauberer und Bauernsteuber,
Die Werden dich ohne maßen drängen,
Dem Haße ... thun Verhengen.[101]

Nachdem die Truppen in den unruhigen Erfurter ‚Weihnachtsquartieren' meuterten und im Januar 1623 Friedrich nicht in die Niederlande folgen wollten, plante dieser, zunächst nach Altenburg zurückzukehren. Am 22. Januar setzten sich die Reste seiner Armee in Bewegung. Johann Philipp aber bemühte sich, dieses Vorhaben unter allen Umständen zu verhindern. Er ließ nicht nur die Tore Altenburgs verriegeln, sondern schickte Friedrich auch seinen Bruder Johann Wilhelm mit der dringenden Aufforderung entgegen, von seinem Zug in Richtung Altenburg abzusehen. Am 23. Januar 1623 schrieb er an Friedrich: *Wir werden diese Stunde glaubwürdig berichtet daß E. L. mith 1000 pferden undt etwa 500 zu fuß ihren Zug zurück in unser Landt zu nehmen Vorhabens sein sollen.* Dann mahnte er, daß *Friedrich deß landes beschwerung undt Ungelegenheit genugsam bekandt* sein müßten, so daß *solches* (der Zug ins Altenburgische, M.V.) *ohn Unser Vorbewußt und willen* keinesfalls geduldet werden würde.[102]

V.

Herzog Friedrich von Altenburg stand zu Beginn des Jahres 1623 in Thüringen ziemlich allein. Die Weimarer Herzöge hatten, nach anfänglichem Wohlwollen[103] für den Altenburger, Schutzbriefe[104] für Erfurt und

---

[101] Zitiert nach Wagner, Einlagerung (wie Anm. 49), S. 91.

[102] ThStA Altenburg, Herzogliches Hausarchiv, Cl. XIII, Nr. 38a, Bl. 77r.

[103] Völlig uneingeschränkt ist das Vertrauen zwischen den Initiatoren des Friedbundes und Friedrich von Altenburg wohl nie gewesen. So warnt Ludwig von Anhalt die Weimarer: *...wiewoll ich wuntschen möchtte, die sachen also derseits gentzlich beschaffen were, das nichtt ettwa vnter dessen die resolution von Brüssell einkehme, vnd aus diesem vorschlag dan nichts würde, so ist doch das beste darbey zu hoffen, E.L. seits aber es also verantwortlich anzustellen, das sie erstlichen S.L. officirer zu ihrem dienst gnugsam versiehett vnd dan der Statt so woll hertzog Fritzens selbsten, als des kriegsvolcks also dem schlus nach gerichtet sey ...*, Conermann, Briefe der Fruchtbringenden Gesellschaft (wie Anm. 76), S. 172f.

[104] Der Schutzbrief Albrechts von Weimar datiert vom 28. Dezember 1622 und bezieht sich auf die *uns und unseren freundlichen geliebten Bruedern* zustehende *hohe Bottmäßigkeit* und das *Jus patronatus*. Wagner, Einlagerung (wie Anm. 49), S. 38.

die umliegenden Ämter ausgestellt. Das Mißtrauen gegen den aus spanischen Diensten kommenden Friedrich schien tief verwurzelt zu sein. Und Johann Philipp dachte nicht daran, sein neuaufgebautes Herzogtum, das sich auch nach dem Sieg der Kaiserlichen über die aufständischen Böhmen noch in ruhigem politischem Fahrwasser befand, für ein militärisches und politisches Vabanquespiel zu riskieren. Er hielt sich daher von allen Bündnissen der sogenannten protestantischen Bewegungspartei fern. Seine Ambitionen bewegten sich auf der Linie seines Vaters Friedrich Wilhelms I. Die sächsische Kur war auch ihm ein lohnendes Ziel, nur scheute er das militärische und politische Risiko und setzte statt dessen auf die Regelungsmechanismen des Reichssystems.

Friedrich blieb daher nichts anderes übrig, als seine Truppen aus Thüringen heraus- und Christian von Halberstadt zuzuführen, in dessen Diensten er fortan kämpfte. 1623 geriet er in der Schlacht bei Stadtlohn mit Wilhelm von Weimar, seinem Mitverbündeten, in kaiserliche Gefangenschaft[105] und blieb bis zum Mai 1624 in Wiener Neustadt in Haft.[106] Daß er sich danach, trotz der eindringlichen Ermahnungen des Kurfürsten, der sich mehrfach für ihn beim Kaiser verwendet hatte, erneut der antikaiserlichen Partei anschloß und in der Schlacht bei Salsen 1625[107] als „dänischer Obrist"[108] den Tod fand, kann man als eine Bestätigung der politischen Umsicht Johann Philipps werten. Ein haßvolles Spottgedicht Erfurter Bürger auf den *Tyrannen*[109] Friedrich nahm den Fall seines Todes bereits 1623 vorweg und wünschte ihn sodann in die Hölle:

Am Jüngsten Dage wirds geschehen,
Man Hertzog Fritzen wird reiten sehen
Zur Hell mit seinen Crabaten.
Da wird er immer und ewigk
mit ihnen brennen und braten.[110]

Der Held erliegt im Streit. Diß ist der rechte Platz der wahren Tapfferkeit.[111] – diese Worte bilden die Umschrift der Gedenkmünze, die anläßlich des Begräbnisses Friedrichs 1626 in Altenburg geprägt wurde. In An-

---

[105] Die Gefangennahme erfolgte am 5./6. August 1623. Menzel, Union (wie Anm. 82), S. 49f.

[106] Menzel, Union (wie Anm. 82), S. 58.

[107] Tentzel, Saxonia-Numismatica (wie Anm. 33), S. 415. Zur politischen Lage: Parker, Krieg (wie Anm. 60), S. 148f.

[108] Frommelt, Geschichte (wie Anm. 23), S. 130.

[109] Zit. nach Wagner, Einlagerung (wie Anm. 49), S. 97.

[110] Ebenda.

[111] Tentzel, Saxonia-Numismatica (wie Anm. 33), S. 416f.

betracht des tatsächlichen Lebenswegs des Herzogs kann man diese Worte nur als schmeichelnd empfinden. Friedrich war gewiß kein Held, er hatte keine religiösen und nur vage politische Ideale für die zu kämpfen sich gelohnt hätte. Er blieb ein glückloser Condottiere, der als ‚Kriegsunternehmer'[112] scheiterte – nicht jeder war ein Wallenstein. Allerdings entwikkelte sich sein Ehrgeiz, seine Risikobereitschaft in einer Zeit, da die politischen Möglichkeiten und die rechtlichen Positionen des Altenburger Herzogtums in eine Richtung wiesen, die neuen politischen Aufstieg verheißen konnte. Daß sich Friedrich also mit der Hoffnung auf die Kurwürde ‚vertrösten' ließ[113], ist nur die halbe Wahrheit. Bei einer Abkehr der Albertiner von ihrer kaisertreuen Politik oder Erbfolgeproblemen konnte diese Hoffnung sehr schnell zur realistischen Chance werden. Denn was sprach zu Beginn der unsicheren 1620er Jahre aus Friedrichs Sicht gegen eine Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1547? Ein neuerlicher Wechsel in der Kurwürde – nur mit anderen Vorzeichen?

In gewisser Weise verbinden sich also die auf den ersten Blick gegensätzlichen Bestrebungen Friedrichs und Johann Philipps. Beide wollten die Ernestiner wieder zu einer zentralen politischen Kraft im Reich aufsteigen lassen. Daß sie unterschiedliche Wege zur Erlangung dieses Zieles einschlugen, muß nicht überraschen und auch nicht gegen einen der beiden sprechen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die mit dem Beitritt zur Union im November 1619 erfolgte totale Hinwendung Weimars zur pfälzisch-kalvinistischen Politik.[114] Nur diese Option, der Umsturz der traditionellen Verhältnisse, erhielt den Weimarern eine Chance auf die sächsische Kur, nachdem sie reichsrechtlich den Altenburgern unterlegen waren.[115] Die Weimarer gehörten damit sicher nicht zu den vorsichtigeren Unionsteilnehmern, sondern erstrebten eine „Neugestaltung der politischen Landkarte".[116] Friedrich I. von Böhmen spielte offenbar 1620 nicht nur mit dem Gedanken, gegen Kursachsen einen Feldzug wegen Felonie zu

---

[112] Wagner, Einlagerung (wie Anm. 49), S. 17.

[113] Conermann, Briefe der Fruchtbringenden Gesellschaft (wie Anm. 76), S. 175.

[114] Vgl. Menzel, Union (wie Anm. 82), S. 34.

[115] Vgl. Boblenz, Ergebnisse (wie Anm. 16), S. 108.

[116] Axel Gotthard, Protestantische „Union" und Katholische „Liga" – Subsidiäre Strukturelemente oder Alternativentwürfe?, in: Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit?, hrsg. von Volker Press (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 23), München 1995, S. 81–112, hier S. 91; vgl. auch Heinz Duchhardt, Protestantisches Kaisertum und Altes Reich. Die Diskussion über die Konfession des Kaisers in Politik, Publizistik und Staatsrecht (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte, Bd. 87), Wiesbaden 1977, S. 131–147.

führen.[117] Er plante wohl auch, die Weimarer Herzöge in die sächsische Kur und in den Besitz der böhmischen Lehen des gesamten thüringisch-sächsischen Raumes einzusetzen.[118] Erst nach dem Vormarsch der Schweden gelang es jedoch den Weimarern, politisch aktiv zu werden und sich vom Einfluß des sächsischen Kurfürsten zu befreien.[119]

Letztendlich spiegeln sich in Fürstenbrüdern wie Johann Philipp und Friedrich II. von Altenburg oder Wilhelm und Bernhard von Weimar zielgerichtetes, maßvolles Agieren und politisches Abenteurertum als zwei Seiten einer Medaille.[120] Sie nutzten pragmatisch und bisweilen mit hohem persönlichen Risiko die Chancen, die ihnen das ins Wanken geratene Reichssystem zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu bieten schien und ließen sich durch die Unnachgiebigkeit der religiösen Fanatiker, gleich welcher Richtung, in ihren Absichten kaum beeinflussen. Auch für Sachsen-Altenburg wurden durch die veränderten politischen Verhältnisse die Horizonte lichter: Man wollte nicht mehr nur auf das Aussterben der albertinischen Vettern warten.

Es bleibt zu fragen, ob die politische Virulenz der kleinen Territorien des Reiches nicht geradezu eine Folge der Blockierung war, durch die sich die großen Wortführer selbst lahmlegten und damit genügend Freiräume ließen für die wendige und ehrgeizige Politik der Mindermächtigen?

---

[117] In einem für Johann Ernst ausgefertigten Patent erläutert Friedrich: *dannenhero wir wol rechtmässige Ursach hätten / der erledigten und uns heimgefallenen Lehen unnd Land / durch Abfertigung einer hierzu nöthigen Kriegsmacht / zu bemechtigen und zu uns zunehmen / die gehorsamen Unterthanen zu schützen / die Widerwärtige Kriegsgebrauch nach mit Feuer und Schwerdt zum schuldigen Gehorsamb zu zwingen.* Theatrum Europaeum (wie Anm. 92), S. 375.

[118] Johann Mylius teilte Friedrich von Kospoth am 23. September 1623 u. a. mit, daß den Weimarern vom neuen böhmischen König aufgetragen worden sei, *sich der Böhmischen Lehen, so Ihr Churfl. gden von dieser* (der Böhmischen) *Cron haben und nunmehr durch die angekündigte Feindtseeligkeit verfallen wehre, zu bemächtigen.* Zitiert nach Röse, Bernhard (wie Anm. 39), S. 323.

[119] Boblenz, Ergebnisse (wie Anm. 16), S. 110ff.

[120] Dabei überwog das Sicherheitsdenken dergestalt, daß der regierende Herzog zum Schutz vor Totalverlust der Herrschaft und des Territoriums eine gemäßigtere Politik betrieb. Vgl. Boblenz, Ergebnisse (wie Anm. 16), S. 109.